

Anträge

Inhaltsverzeichnis

EWP - Europawahlprogramm

EWP-4 - EWP Kapitel 4

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
EWP26.2655.1	Änderungsantrag zu EWP26 Sozialistische Linke	2
EWP28.2873.1	Änderungsantrag zu EWP28 Sozialistische Linke	3
EWP28.2911.1	Änderungsantrag zu EWP28 Sozialistische Linke	5

Antrag EWP26.2655.1: Änderungsantrag zu EWP26

Änderungsantrag zu EWP26

Antragsteller*in:	Sozialistische Linke
Status:	geprüft
Sachgebiet:	EWP - Europawahlprogramm Untersachgebiet: EWP-4 - EWP Kapitel 4

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2655

2641 Der Krieg gegen die Ukraine muss beendet und die russischen Truppen müssen aus
2642 der Ukraine zurückgezogen werden. Die Souveränität der Ukraine muss
2643 wiederhergestellt werden. Legitime Sicherheitsinteressen der Ukraine und
2644 Russlands sowie die Rechte nationaler Minderheiten müssen angemessen
2645 berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. Angreifer
2646 Russland muss an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Putins imperialistische
2647 Aggression muss aufgehalten werden. Gleichzeitig darf der Westen auf den Rückgang
2648 der globalen Dominanz seiner Führungsmacht USA nicht weiter mit Eskalation und
2649 Aufrüstung reagieren. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und
2650 Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen
2651 Logik stark macht. Wir fordern einen schnellen Waffenstillstand, der den Weg zu
2652 ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Statt immer mehr Waffen in einen
2653 schon viel zu lang andauernden Abnutzungskrieg zu liefern und das Risiko einer
2654 weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen, müssen die nichtmilitärische Möglichkeiten
2655 endlich umfassend genutzt werden. Da dies für die umfassenden
Wirtschaftssanktionen der EU und der USA gegen Russland zutrifft, lehnt DIE LINKE
diese ab und fordert ihre Aufhebung.

Begründung

Das ist eine notwendige Konkretisierung des Satzes davor: „Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.“

Antrag EWP28.2873.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in:	Sozialistische Linke
Status:	geprüft
Sachgebiet:	EWP - Europawahlprogramm Untersachgebiet: EWP-4 - EWP Kapitel 4

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2873

2842 - Das Sterben stoppen - die europäischen Grenzen müssen entmilitarisiert werden!
2843 Drohneneinsätze, Stacheldraht, Pushbacks, Mauern und andere Maßnahmen zur
2844 Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. (Siehe Kapitel 5, Menschen retten:
2845 legale Fluchtwege)
2846 - Die Unterstützung für und Kooperation mit NATO-Staaten und ihren Verbündeten,
2847 die - wie die Türkei unter dem Erdoğan-Regime oder Saudi-Arabien im brutalen
2848 Krieg im Jemen - das Völkerrecht missachten, muss umgehend gestoppt werden.
2849 - Wir fordern ein Ende der Beteiligung an internationalen Polizei- und
2850 Geheimdiensteinsätzen oder Ausbildungsmissionen, die der Unterstützung
2851 autoritärer Regime, wie in Ägypten, Tunesien, Saudi-Arabien, Libyen oder Marokko,
2852 dienen.
2853 - Die Kriminalisierung fortschrittlicher Bewegungen durch NATO-Verbündete und
2854 Behörden in der EU wollen wir beenden. Die PKK muss endlich von der „Terrorliste“
2855 der EU gestrichen werden.
2856 - Wir fordern ein Verbot für den Einsatz militärischer Sicherheits- und
2857 Söldnerfirmen in der EU.
2858 - Es braucht massive Investitionen in erneuerbare Energien in ganz Europa und den
2859 EU-Nachbarstaaten von Nordafrika bis Asien! Das hilft Demokratien und ihre
2860 Wirtschaft langfristig unabhängig von fossilen Diktaturen zu machen.
2861 - Wir wollen die Zivilgesellschaft fördern, statt Deals mit Diktatoren und
2862 Warlords zur Abschottung gegen Geflüchtete schließen! Deswegen unterstützen wir
2863 fortschrittliche Bewegungen und Zivilgesellschaft von Kurdistan über den Sudan
2864 bis in die Westsahara.
2865 - Eine nachhaltige Friedensordnung und kollektive Sicherheit brauchen ein
2866 stabiles ökonomisches Fundament. Nötig ist daher eine solidarische
2867 Nachbarschafts- und Handelspolitik, die vor Ort investiert und an die Einhaltung
2868 von demokratischen, sozialen und rechtlichen Standards gebunden ist.
2869 - EU-Erweiterung an soziale und demokratische Standards knüpfen! Eine EU-
2870 Mitgliedschaft muss an soziale und demokratische Entwicklungsindikatoren vor Ort
2871 gebunden werden und darf weder politische Verhandlungsmasse für die
2872 geostrategischen Interessen von NATO und USA sein, noch an Kürzungs- und
2873 Privatisierungsaufgaben gekoppelt werden. Eine Aufnahme der Ukraine und weiterer Staaten Osteuropas in die EU kommt daher aus Sicht der LINKEN auf absehbare Zeit nicht in Frage und muss zurückgewiesen werden. Diese Länder sind von einer Erfüllung der ökonomischen, sozialen und politischen Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft weit entfernt. Ihre Aufnahme würde nur zu einer weiteren ökonomischen, sozialen und politischen Zerrüttung der Verhältnisse und einer Stärkung antisozialer und rechter nationalistischer Kräfte in der EU beitragen

Begründung

Das ist eine notwendige Konkretisierung der zuvor genannten Kriterien für die aktuell bzw. absehbar anstehenden Fragen. Hinzu kommt, dass eine Osterweiterung der EU im Zusammenhang mit Osterweiterung der NATO und als Element einer Politik der Konfrontation gegenüber Russland zu sehen ist.

Antrag EWP28.2911.1: Änderungsantrag zu EWP28

Änderungsantrag zu EWP28

Antragsteller*in:	Sozialistische Linke
Status:	geprüft
Sachgebiet:	EWP - Europawahlprogramm Untersachgebiet: EWP-4 - EWP Kapitel 4

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2911

2904 Am Ende der Blockkonfrontation von NATO und Warschauer Pakt hätte es die
2905 Möglichkeit gegeben, den Weg freizumachen für ein kollektives Sicherheitsbündnis,
2906 das nicht zu Unsicherheit für andere führt. Diese Gelegenheit ist verpasst
2907 worden. Die Entwicklung seitdem zeigt nicht, dass dieser Weg unmöglich war,
2908 sondern dass er notwendig gewesen wäre. Es bleibt die Herausforderung, eine
2909 globale Friedensordnung zu schaffen, die möglichst alle Staaten umfasst. Auch
2910 deshalb bedarf es eines Endes der russischen Aggression und eines gerechten

2911 Friedens in der Ukraine.

Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird. Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr.

Begründung

Diese Aussagen des Erfurter Parteiprogramms der LINKEN sind weiterhin richtig und richtungsweisend.